

Reform der Wiener Kohlen- rationierung.

Eine Petition der 1400 Wiener Kleinkohlenhändler an das Abgeordnetenhaus. — Protest gegen die schlechte Verteilung. — 200 Kronen für eine Kohlenfuhr von 30 bis 40 Meterzentner. — Die Wiener Kohlenhändler wollen zusperren.

Die Schwierigkeiten, die sich seit geraumer Zeit in der Kohlenversorgung Wiens geltend machen und die auch von der Rationierung nicht beseitigt wurden, haben die Genossenschaft der Wiener Kleinkohlenhändler zu einem ersten Schritt veranlaßt. In den nächsten Tagen wird sich eine Deputation der Kohlenhändler ins Parlament begeben, wo sie dem Referenten des Kohlenausschusses Reichsratsabgeordneten Dr. Schürff eine Petition um Abhilfe als unerträglich bezeichnete Mängel in der Wiener Kohlenversorgung überreichen wird.

In der letzten Zeit wird tatsächlich wieder eine ungleichmäßige Belieferung der Konsumenten Wiens beobachtet und selbst Kürzungen der zugewiesenen, ohnehin geringen Verbrauchsmengen kommen häufig vor. Dies, trotzdem die Preise in den letzten Wochen zweimal infolge der erhöhten Fuhrlohne und der verteuerten Bezugpreise eine

Steigerung erfuhr. Mitten in der „Heißzeit“ des noch immer strengen Winters sind jene Konsumenten, die betroffen erscheinen, begreiflicherweise erregt und sie behaupten vielfach, daß einzelne Kohlenhändler Kohle an bevorzugte Kunden zu Ueberpreisen abgeben, so daß andere verkürzt werden müssen. Die Kleinhändler weisen jede Schuld zurück und schildern, mit welchen Schwierigkeiten heute die normale Belieferung der Kohlentarteninhaber zu kämpfen hat. Ein großer Teil der Beschwerden trifft dieser Darlegung zufolge die gänzlich unhaltbaren Fuhrwerksverhältnisse. Die Kohlenhändler versichern, daß die Zufuhr bedeutend besser funktioniert hätte, wenn ein vom Magistratsreferenten Dr. Fastenbauer seinerzeit vorgeschlagenes Projekt, die Kohlenhändler direkt von den Vorstadtbahnhöfen aus zu beliefern und den lokalen Transitverkehr hierzu auszunutzen, Genehmigung gefunden hätte. In der Petition wird eine amtliche Verteilungsstelle als unerlässlich gefordert. Wenn nicht Abhilfe erfolge, bleibe den 1400 Kohlenhändlern Wiens kein anderer Ausweg, als sämtlich ihre Geschäfte zu sperren.

Die Petition an das Abgeordnetenhaus erörtert die Wirkungen der am 4. November v. J. eingeführten Kohlenkarte und Rationierung, von der behauptet wird, daß sie weder den Verbraucher noch den Detailhändler befriedigt habe. Trotzdem die Kohlenbelieferung Wiens nicht so schlecht war wie im Vorjahre, sind die Schwierigkeiten und die Unzufriedenheit gewachsen. Es ist sehr selten seit Einführung der Karte die Zuteilung des vollen Quantums möglich gewesen. In der Regel konnte nur bedeutend weniger abgegeben werden, der Grund sei die ungenügende Belieferung der Kleinhändler. Die Behörden geben als Ursachen an: Waggonmangel, ungünstige Förderungsverhältnisse, Fuhrwerkschwierigkeiten usw. Nach Ansicht der Genossenschaft trägt jedoch die Art der Verteilung einen wesentlichen Teil der Schuld.

Die Händler, die ihr Quantum regelmäßig erhalten, bilden nur ein Drittel der Gesamtheit. Ihre Kunden werden voll befriedigt, während oft im selben Bezirk andere, die Kohlenhändlern mit verschiedenen Lieferanten zugewiesen sind, verkürzt werden. Man hatte eine gleichmäßige Rationierung erwartet, und sieht, daß den bestehenden Mängeln nicht abgeholfen wurde. Während bei allen anderen staatlich bewirtschafteten Bedarfsartikeln a m t l i c h e Stellen mit der Erfassung und Verteilung der Vorräte betraut sind, ist dies bei den Kohlen nicht der Fall. Die städtischen Abgabestellen zum Beispiel wurden bei den bisherigen Lieferanten belassen. Dies wäre wohl prinzipiell nicht unbillig, wenn diese Lieferanten in der Lage wären, ihre Abnehmer voll zu befriedigen. In Wirklichkeit hängt dies aber einzig von der Leistungsfähigkeit der betreffenden Großhändler ab. So sind dreihundert Kohlenhändler, die von Vorstadtgroßhändlern beliefert werden sollten, wochenlang ohne Kohle dagestanden. Jene Kleinkohlenhändler, die ungenügend beliefert werden, haben kein anderes Mittel, als ihre Kunden oft bis zu 50 und 58 Prozent zu kürzen und sie sind dann den gefährlichsten Drohungen ausgesetzt.

Einen Hauptgrund der Katastrophe bildet, wie schon erwähnt, die Fuhrwerksfrage. Hier sind die Auswüchse nicht mehr zu überbieten. Selbst die vierzigprozentige Erhöhung der Fuhrlohne hat dem Mißstand nicht im mindesten Einhalt geboten. Für eine Fuhr von 30 bis 40 Meterzentner Kohle wurden 200 K. Fuhrlohn verlangt und auch bezahlt Fuhrlohne von 80, 100, 120 K. per Fuhr sind das Gewöhnliche. Der Tarif spielt überhaupt keine Rolle mehr. Die Kleinkohlenhändler, wird am Schlusse der Petition ausgeführt, sind am Ende ihrer wirtschaftlichen Kräfte. So ist es erklärlich, daß schon wiederholt stürmisch in den Versammlungen verlangt wurde, alle 1400 Kleinkohlenhändler mögen ihre Gewölbe gänzlich sperren.

Die Genossenschaft wendet sich daher an die Einsicht der Volksoberleitung, von der sie Rettung aus den gegenwärtigen unhaltbaren Verhältnissen erwartet.